





## Erpreßte Aussagen.

### Eine Neuregelung im Strafrecht und ihre Bedeutung.

Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform hat im Verlauf seiner Beratungen über das neue Strafgesetzbuch den § 137 in folgender Form angenommen:

„Ein zur Mitwirkung bei einem Strafverfahren oder einem Dienststrafverfahren berufener Amtsträger, der Zwangsmittel anwendet, um Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.“

Die Bedeutung dieser abstrakten Fassung wird an einem praktischen Beispiel aus den letzten Tagen klar.

In Bad Lausitz bei Leipzig war ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt worden. Eine 33jährige Landwirtschaftsangestellte geriet in den Verdacht der Täterschaft. Ein Gendarm vernahm sie und bearbeitete sie solange, bis er ein „Gesändnis“ erzielte. Vor dem Schöffengericht widerrief die Angeklagte das „Gesändnis“ und betauerte ihre Unschuld. Das Gericht sprach sie auf Grund eines schwachen Indizienbeweises schuldig. Der schneidige Vorsitzende erklärte, es müsse an ihr ein Exempel statuiert werden, da sie eine rückfällige Diebin sei. Die Beschuldigte war vor zehn Jahren wegen eines kleinen Eigentumsdelikts zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht verurteilte sie, um ein Exempel zu statuieren, als rückfällige Diebin zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. So geschah am 20. Dezember 1927.

Wenige Tage später verhaftete die Leipziger Kriminalpolizei zwei Mühlenknechte, die beide ein volles Geständnis ablegten. Der eine von beiden hatte die Landwirtschaftsangestellte beschuldigt, auf seine Beschuldigung hatte sich der Verdacht gegen sie aufgebaut.

Der Gendarm, der das angebliche Geständnis der Beschuldigten erzielt hat, ist mit Zuchthaus bedroht, wenn er Zwangsmittel angewandt hat. Das ist die Bedeutung dieses Paragraphen.

Gegen den schneidigen Richter, der dieses „Exempel statuierte“, gibt es leider keine gesetzliche Handhabe.

## Die Auflösung der Studentenschaften.

### Sie ist unwiderruflich und endgültig.

Der preussische Kultusminister Dr. Becker erklärte in Beantwortung einer Zentrumsanfrage, daß die preussischen Studentenschaften aufgelöst sind und nicht mehr existieren. Auch die Kämmer, Ausschüsse usw., die ihnen unterstanden, sind aufgehoben. Die Liquidation des Vermögens ist in die Wege geleitet. Welchen Stellen lediglich wirtschaftliche Einrichtungen, soweit sie eine selbständige Rechtspersönlichkeit darstellen, Ehrengerichtungsverfahren, wie jetzt eins in einem Falle gegen einen früheren Vorsitzenden einer aufgelösten Studentenschaft eingeleitet wurde, haben niemals die Anerkennung der preussischen Unterrichtsverwaltung gefunden.

Mit dieser Erklärung des Kultusministers ist Klarheit darüber geschaffen, daß die deutsche Studentenschaft im Bereich Preußens endgültig erledigt ist. Soweit sich noch Organe der aufgelösten Studentenschaften irgendwelche Rechte anmaßen, sind diese als Uebergriffe zurückzuweisen.

## Das Reichsbanner ist überparteilich.

### Antwort der badischen Landesregierung auf die Behauptung der Reichsbanner.

Karlsruhe, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Der badische Landtag beschloß sich am Freitag mit zwei Interpellationen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über das Reichsbanner. Beide Parteien verlangten, daß die Regierung die Schüler der Mitgliedschaft im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verbiete. Die Regierung erklärte, daß das Reichsbanner eine überparteiliche Organisation sei und die Aufgabe habe, die Republik zu schützen; sie werde also den Schülern die Mitgliedschaft nicht verbieten. Die Antwort der Rechtsparlamenten auf diese Erklärung bildete ein Mißtrauensvotum, das mit 40 gegen 15 Stimmen abgelehnt wurde.

## Die Reichspost reformiert.

### Abbau von 14 Oberpostdirektionen und eines Teils des Postministeriums.

Im Verwaltungsrat der Reichspost teilte der Reichspostminister die bisher ausgearbeiteten Vorschläge zur Reform seines Amtes bereits mit. Danach sollen 22 Proz. der Kosten des Ministeriums abgebaut, 14 Oberpostdirektionen aufgehoben werden. Die letzteren bleiben zunächst — nämlich für eine Uebergangszeit — als Unterteilungen der Oberpostdirektion bestehen, der sie zugewiesen werden.

Möglichst ist dieser Umbau dadurch, daß der Postminister seine Aufgaben beschränken und den Schwerpunkt der Verwaltung in die Oberpostdirektionen verlegt. Allgemeine Aufgaben, die das Ministerium nicht selbst erledigt, werden dem zentralen Reichsamt überwiesen. Die Dezentralisation soll mit einer Vereinfachung des Geschäftsganges verbunden werden, derart, daß gemeinsame Angelegenheiten eines größeren Verkehrsbezirks nicht mehr bei den einzelnen Oberpostdirektionen, sondern bei einer geschäftsführenden Oberpostdirektion zusammen behandelt werden.

Eine ähnliche Reform ist auch für den Geschäftsbetrieb der örtlichen Postanstalten geplant. Nach Möglichkeit sollen einzelne größere Kämmer zu Hauptämtern werden, denen die übrigen Postanstalten des Ortes oder Bezirkes als Zweigbetriebe unterstellt werden.

## Mexiko-Rebellen niedergeschlagen.

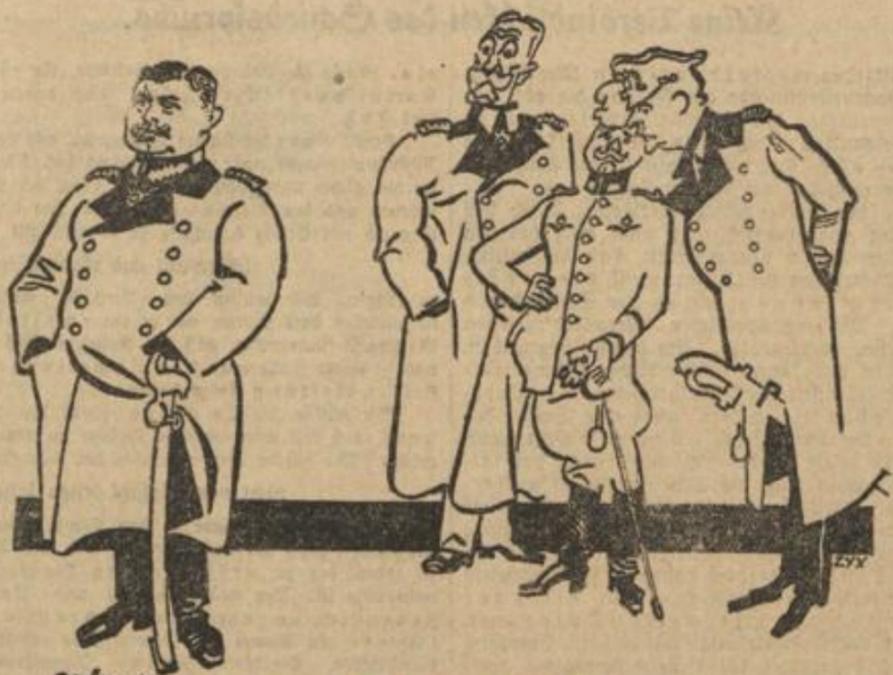
### Calles greift erfolgreich durch.

Mexiko, 19. Januar. (Eigenbericht.)

In einzelnen Teilen Mexikos sind in den letzten Tagen wieder Kufstände zu verzeichnen. Die Regierung hat gegen die Rebellen sofort starke Truppenkommandos eingesetzt, und dort, wo das Gelände ungunstig ist, Kampfflugzeuge zur Abwehr benutzt. Der Aufstand ist zum großen Teil bereits nach schweren Kämpfen niedergeschlagen worden. Die Rebellen sind flüchtig und haben zahlreiche tote und verwundete Soldaten zurückgelassen.

Die an den Reparationsforderungen beteiligten deutschen Firmen werden, wie nun zuständiger Seite mitgeteilt wird, schon in aller Kürze unter Anklage gestellt werden. Inzwischen ist die Kooperationsuntersuchung noch nicht restlos abgeschlossen.

## Der neue Wehrminister.



GRÖNER

„Ein Kollege? Fatal — der kennt uns!“

## Regierungswechsel in Norwegen.

### Der Bauernführer Hellbye mit der Neubildung beauftragt.

Oslo, 20. Januar.

Das Ministerium hat im Laufe eines heute vormittag abgehaltenen Staatsrats sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Staatsminister Bylle erklärte einem Vertreter des norwegischen Telegraphenbureaus, er habe dem König empfohlen, sich wegen der Bildung des neuen Ministeriums an den Führer der Bauernpartei Hellbye als den Führer derjenigen Parteien, die bei den Wahlen Fortschritte erzielt haben, zu wenden. Der König hat dementsprechend Hellbye beauftragt, die Bildung eines Sammlungsministeriums zu versuchen. Hellbye hat sich bereit erklärt, das neue Ministerium zu bilden.

Die sehr „nationale“ „Deutsche Allgemeine Zeitung“ widmet in einem Telegramm aus Oslo der scheidenden Rechtsregierung sarkastische Worte, weil diese eine überaus wirksame Sparpolitik befolgt und insbesondere den Marineetat um insgesamt 11 Millionen Kronen reduziert habe.

Wenn eine norwegische Rechtsregierung am Marinetat spart, dann wird sie also von deutschnationalen Blättern gelobt. Wenn aber eine deutsche Rechtsregierung für angebliche Rüstungszwecke sinnlos mit dem Gelde herumschmeißt, und wenn die Bunte dagegen mit Erfolg ankämpft — so z. B. bei der Ablehnung des Panzerschiffprojekts im Reichsrat —, dann werden die deutschen Buntspartien beschimpft, weil sie angeblich Deutschland „noch wehrloser“ machen wollen.

## Die Kapitalisten für Pilsudski.

### Endlich der Wohlfahrt der Regierungsparteien.

Warschau, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Die Regierungsparteien nehmendlichen einen lang erwarteten Wohlfahrt, der in den Rahmen von Pilsudskis bisheriger Politik des Schweigens durchaus hereinkommt. Der Aufruf enthält an Stelle eines konkreten Programmes heftige Angriffe auf die bisherigen Sejm mit einem unerkennbaren antiparlamentarischen Intention und Anklagen an den Ständeparlamentarismus, als Hauptforderung den Wunsch nach Vergrößerung der Exekutive auf Kosten der Legislative. Der Aufruf sucht die Notwendigkeit einer Sicherung der Macht Pilsudskis im künftigen Sejm durch inhaltlose Phrasen zu begründen. Unter den Unterschriften überwiegen reaktionäre und kapitalistische Persönlichkeiten stark.

## „König Sigismundus IV.“ verprügelt.

In Polen gibt es bereits mehrere Karren, die in der Einbildung leben, Ansprüche auf den Königsstern zu besitzen, oder gar, ihn bereits bestiegen zu haben. Einer dieser „Könige“, nämlich Sigismundus IV., der eigentlich Zygmunt Wliski heißt, und den Beruf eines Landmessers ausgeübt hat, prozessierte dieser Tage gegen den Warschauer Journalisten Osszewski. Wliski, der als Querulant längst bekannt ist und der immer wieder die Ermittlung des Staatspräsidenten aus dem Warschauer Schloß beantragt, um es selbst zu beziehen, hatte von Osszewski die Veröffentlichung eines „Manifestes“ verlangt. Der Redakteur hatte sich über diese Zumutung so geäußert, daß er den „König“ nicht nur hinauswarf, sondern auch fürchterlich verprügelt. Osszewski wurde wegen Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Bei der Gerichtsverhandlung war der Saal bis auf den

## Pariser Schauspieler.

### Gastspiel im Renaissance-Theater.

Die vom französischen Botschafter geführte Kolonie und die von einer sehr erfreulichen Virtuosenkunst gewonnenen Gäste des Renaissance-Theaters bereiten den Künstlern des Gymnase-Theaters einen herrlichen Erfolg. Man spielte ein Stück von Henry Bernheim, das angenehm um die Liebesverwicklungen herumplaudert und so zahn und gebildet ist, daß es keinerlei Probleme auswirft. Gerade dieses großzügige Nichts war für die französischen Schauspieler der Anlaß zu entzündenden Kunststücken, die man bewunderte und beklachte. R. S.

## Bedingungen der Arbeiterpartei.

Oslo, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Anlässlich des durch die letzten Wahlen notwendig gewordenen Rücktritts der Regierung hat der Vorstand der Arbeiterpartei beschlossen, in der gegenwärtigen Situation nur dann die Verantwortung, d. h. die Regierung, zu übernehmen, wenn die Durchführung folgender Mindestforderungen gesichert ist: Aufhebung der Zuchthausgesetze, Abrüstung, Steuerhinterziehung für Kinderbewerksamte und Gemeinden, Verminderung der Arbeitslosigkeit, Förderung des Bodengesetzes, Wiedereinführung des Kornmonopols und Aufhebung der Kornzölle, Preiskontrolle über die Betriebsmittel der Fischer und Kontrolle über die Ausfuhr von Fischereiprodukten.

## Britisch-norwegischer Inselkonflikt.

London, 20. Januar. (Auster.)

Der norwegische Gesandte hat im Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der die norwegische Regierung behauptet, daß die Bouvet-Insel im südlichen Atlantik niemandem (also auch nicht England) gehört habe, als die norwegische Antarktisekspedition am 1. Dezember die norwegische Flagge auf der Insel hisste.

## Achtung des Krieges.

### Sosern man nicht durch Bündnisse hineinschlittert.

Paris, 20. Januar. (Eigenbericht.)

Die französische Antwort auf die letzte nordamerikanische Note in der Antikriegsfrage ist nach Washington gelangt worden. Nach unseren Informationen enthält sie keine wesentlichen Änderungen des bisher von Frankreich vertretenen Standpunktes. Immerhin ist das Wort „Angriffskrieg“ durch eine längere Formulierung über die besonderen Fälle, die von der allgemeinen Achtung des Krieges ausgeschlossen bleiben sollen, ersetzt worden. Es soll sich dabei um alle Kriege handeln, die aus Verpflichtungen entstehen, welche im Völkervertrag, in den Locarno-Verträgen oder in den im Rahmen des Völkervertrages geschlossenen regionalen Verträgen Frankreich begründet sind. Damit bleibt das Reg. der von Frankreich seit Kriegsende geschlossenen Bündnisverträge von dem zur Verhandlung stehenden allgemeinen Antikriegspakt unberührt.

## Mysteriöse Doppelerkrankung.

### Eine bayerisch-berlinische Geschichte.

Heid, der Bager, war auf einem Diner, das Hindenburg den Völkerverträttern gab, ganz plötzlich — nicht erschienen. Das fiel auf, man vermutete politische Hintergründe. Die gibt es nicht, versichert das offiziöse „Süddeutsche Korrespondenzbureau“. Heid war „nicht ganz wohl“, und mußte deshalb ablagen.

Da ein offizielles Bureau diese Kunde verbreitet, muß sie selbstverständlich richtig sein. Merkwürdig ist nur, daß mit derselben Mysteriösität, wie Heid, der Bager, auch dessen getrauer Staatsminister Schwelzle nicht erschienen war. Also war auch Schwelzle, so folgert der unerbittliche Logiker, „nicht ganz wohl“. Eine Epidemie ist ausgebrochen — aber die Berliner können ganz ruhig sein, da offenbar nur Bayern von ihr befallen werden.

Auf alle Fälle — und das ist die Hauptsache! — ist das böartige Gerücht, der Reichspräsident habe sich über die eigenstaatspersönlichen Tendenzen der Bagerin mißbilligend ausgesprochen, und diese seien deshalb in den Hungerstreik getreten, glaubhaft widerlegt.





Vor einem Jahre brachte der „Vorwärts“ einen Artikel über die Zustände in dem städtischen Frauenasyl, in der „Wiesenburg“. Wieviel Gutes war nicht zu berichten; zwar hatte man die Säle neu und bunifarbig gestrichen, die Britischen standen nicht mehr so dicht nebeneinander wie in dem Saal 18 der „Palme“, aber das war auch der wesentlichste Unterschied. Allen Anforderungen moderner Hygiene sprachen die Einrichtungen des Asyls Hoch: Keun unzureichend gereinigte Steinbadewannen, ein (totfälschlich, ein) nie derhitzter Kamin, fünfzehn Wäschschüssel ständen für die fast 500 Nachgäste des Asyls zur Verfügung.

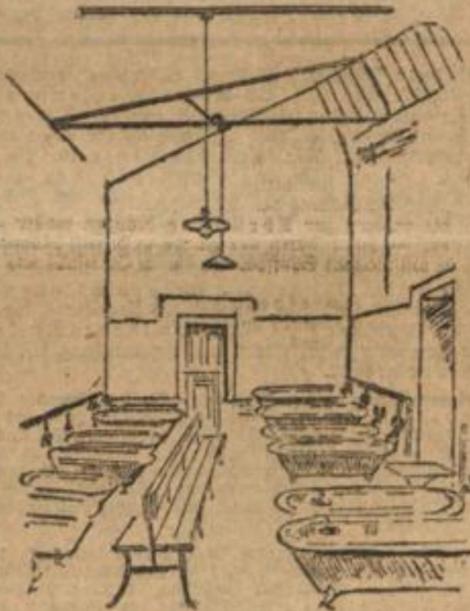
**Eine Interpellation.**

Unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung machten darauf diese Zustände zum Gegenstand einer Interpellation, und jetzt, jetzt hat sich die „Wiesenburg“ wieder gewandelt, und nun endlich ist sie wieder ihres alten Ruhmes würdig, ist sie wieder das schlaue, moderne, laubste Asyl Berlins. Wirklich, was jetzt hier geboten wird, bezieht auf dem Gebiete der Obdachlosenpflege einen gewaltigen Fortschritt. Wer einmal im Asyl genächtigt hat, wird es zugeben: Das Schlimmste, Deprimierendste für den Keuling war immer die dicke, stickende Luft, der Dunst der vielen Hunderte schweißender Körper, die gewaltigerer Lungen, der gleichmäßig in allen Sälen, in allen Gängen des Asyls lagerte. Das hat nun, zumindestens im Frauenasyl, ein Ende. Jede Wäsche muß täglich vor dem Betreten des Schlafsaales warm haben und alle Kleider, selbst das Hemd, sind vorher in der Garderobe abzugeben“. Zudem wird noch das Hemd von einer Schwester mit einer hellen elektrischen Lampe auf „Einwohner“ untersucht. Wehe, wenn sie etwas finden! Dann kommen die Sachen erbarmungslos in die „Brenne“. Nur mit einer Halstette und der daran hängenden Garderobenmarke beiseite, kommt man in den Badesaal, in dem ständig zwanzig Badewannen in Betrieb sind. Zwanzig innen weiß emaillierte Badewannen, die nach jedem Bad von zwei aus der Schaar der Obdachlosen ausgewählten Badefrauen gesäubert werden. Hier kontrolliert auch eine Schwester das Kopfhaar, der Kamm wird nach jedem Gebrauch ausgewechselt und für längere Zeit in eine Desinfektionsflüssigkeit gelegt, so daß niemand mehr die Ueber-

tragung von Ungeziefer oder Hautkrankheiten fürchten muß. Wenn nötig, wäscht die Schwester den Kopf mit Sabadilleseife und wickelt einen kunstvollen Turban, unter dem dann bis zum nächsten Morgen alle Schmarotzer zugrunde gehen und sie hält diese Kur sogar, wie eine alte Anglistin mißbilligend bemerkt, schon bei „einer einzigen Laus“ für notwendig! Dann geht es wieder in eine Garderobe, und hier kriegt jede ein frisch gewaschenes städtisches Nachthemd und dazu ein Paar Pantoffeln. „Die Spitzen dann se an die Reizwäsche oder verlesen...“, merkt eine unverbesserbliche Berliner Pfanne, denn das städtische Nachthemd ist nur ein weiter und langer Mittel aus grauem Leinen, ähnlich den Krankenhaushemden. Wer aber diese ganze Reinigungsprozedur aus gesundheitlichen Gründen nicht über sich ergehen lassen kann oder will (bei Hautkrankheiten, Rheumatismus usw.), der kommt in den „unreinen Saal“, dessen Insassen ganz von den Uebrigen abgefordert sind, den einzigen Saal, in dem noch, wie früher, die nackten Britischen stehen. In den anderen Sälen gibts jetzt auf den Britischen dicke, täglich neu bezogene Filzplatten und dazu die beiden, jetzt aber täglich frisch gewaschenen Drehtücher.

**„Große Wäsche.“**

Morgens und abends bemietet die Stadt dann noch ihre Notgäste mit Kaffee oder der üblichen Koffstuppe und einer dicken Schüssel Brot... und so möchte es scheinen, als ob jetzt wirklich an alles gedacht worden sei. Und doch hat man eins vergessen: An jedem Morgen müssen die Nachgäste des Asyls sich wieder in die alten, schmutzigen Lumpen hüllen. Es war sicher nicht in Ordnung,



meint die Frauen früher gleich in der Badewanne „große Wäsche“ hielten, aber wo in aller Welt sollten diese armen Leute denn ihr oft einziges Hemd reinigen, wenn sie den ganzen Tag auf der Straße lagen? Darum wurde abendlich geschrubbt und gebürstet, bis zum Morgen war dann alles auf den Dampfheizungen wieder trocken, und ganz ordentliche Frauen „bisgellen“ an den heißen Ecken der Dampfheizung auch die Sachen richtig glatt. Wo soll man heute waschen? „Das gibts heute nicht mehr, die Wäscherei hat jetzt aufgehört“, erklärt eine der Schwestern, „Sie sind ja den ganzen Tag wo anders, waschen Sie doch da!“ Auf die bescheidene Anfrage, ob sie mit dem „da“ den Straßenbrunnen oder das Tagestino meint, kann sie aber nicht antworten...

Wenn auf die Interpellation der Sozialdemokratischen Partei ein neuer, wirklich schöner Badesaal eingerichtet wurde, wenn nun alle anderen, in unserem ersten Artikel gerügten Mängel beseitigt sind, dann genügt vielleicht schon dieser kleine Hinweis, um die Anschaffung einiger Wäschschüssel zu veranlassen, und vielleicht läßt sich sogar ohne weitere Ausgaben der alte Badesaal als Wäschraum einrichten. Dann endlich wird die „Wiesenburg“ ihren neuen Aufgaben reiflich gerecht werden können, denn die Zeit, in der die Obdachlosenfrage nur Aufsicht des letzten Lumpenprekariats waren, ist endgültig vorbei.

**„Versuchter Mord.“  
Ein unnötiger Prozeß.**

Auf der Anklagebank sitzt ein 21-jähriger Jodler, ein Wiener, mit sympathischen, feingebildeten Zügen. Er soll sich wegen Mordversuches verantworten. Man hört, wie er in seinem Wiener Dialekt erzählt und wie die Zeugen, seine deutschen und ungarischen Kollegen auslegen. Man staunt von Minute zu Minute mehr. Auch die Richter, die Schöffen, der Staatsanwalt schauern. Was der Mann getan hat, soll verurteilt Mord sein? ...

Es war an einem Freitag, den 9. Dezember. Der Jodler B. hatte seinen ganzen Wochenlohn vertrunken. Nachts kam er, sich kaum auf den Beinen haltend, in die gemeinsame Schlafstube. Sein Freund, der Ungar Zschka, hofft ihm das Glas anzuhängen. B. setzte sich an den Tisch, bemäkelte sich mit einem Küchenmesser, dessen Ende rund war und begann zu essen. Dabei sprach er unaufhörlich und bellagte sich u. a. bei seinem Freund, daß die Frau des Jodlers A. ihn bei seiner Frau schlecht gemacht habe. Schließlich sprang er auf, lief an das Bett des schlafenden A. hernun, packte ihm am Hemd, jagte so etwas Ähnliches wie „Burgel abschneiden“ und machte eine drohende Bewegung mit dem Messer. Im nächsten Augenblick riß ihn Zschka zurück. A., der sich bei der abbrechenden Bewegung am Messer die Handfläche verletzt hatte, zog eiligst seine Hosen an und lief zur Tür hinaus, um einen Schuhmann zu holen. Er glaubte, daß B. ihn ermorden wollte. Zschka kam aber hinterhergelaufen, und verurteilte ihn zu berubigen: „B. schloß schon, es sei doch nichts Ernstes gewesen. A.'s Hand war bald verheilt. B. mußte aber ins Gefängnis. Dies in kurzen Worten der Sachverhalt. Und das sollte ein verurteilter Mord sein? Ja, so stand es schwarz auf weiß im Eröffnungsbescheid. Wie konnte aber aus einer leichten Körperverletzung ein verurteilter Mord werden? Das ist die Frage! Und wie lautet die Antwort darauf? B. hatte sich zunächst unmittelbar nach dem Ereignis vor dem Einzugsrichter in Lichtenberg wegen Körperverletzung zu verantworten. Gelesen war aber nur der Geschädigte. Dieser stellte die Sache so dar, daß man bei einigen bösen Witten so etwas Ähnliches wie einen verurteilten Mord annehmen könnte. Darauf beantragte der Untersuchungsrichter die Verurteilung und Übermittlung der Sache an das „Schwurgericht“ mit dem Rubrum: Verurteilter Mord. Das „Schwurgericht“ verurteilte aber den Angeklagten wegen Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis unter Verurteilung eines Monats Untersuchungslohn und Zustimmung einer Bewährungsfrist.

Wer trägt nun die Kosten des Verfahrens? Natürlich der Angeklagte. Wäre es nicht richtiger, die Kosten des „Schwurgerichtsverfahrens“ dem fähigsten Anwalt aufzuerlegen. Sollte dieser nicht auch die Kosten tragen, die dem Staat durch die Untersuchungslohn des Angeklagten entstanden sind. Die Berichte haben scheinbar noch zu wenig zu tun. Und deshalb werden Mordversuche konstruiert.

**Zement.**

Roman von Fjodor Gladkow.

Täglich Nächte gab es einst und Tage voller Kämpfe, in denen er zitterte um sein Leben und an Dasha dachte. In wie weiter Ferne liegt das alles, wie fern, wie unwichtig! Dasha... Sie ist nicht da: sie ist in den Massen ertrunken und ist nicht wiederzufinden. Ist dies alles denn nicht ganz gleichgültig. Dasha war und ist nicht mehr. Das alles ist fern und unnötig. Und auch er ist nicht da, nur eine nicht zu ertragende Begeisterung ist da, und sein Herz, das zu zerpringen droht von der Gewalt des tobenenden Blutes. Arbeiterklasse, Republik, mächtiger Aufbau des Lebens... Zum Teufel, wir verstehen zu leiden, verstehen aber auch, unsere Kraft zu fühlen und uns zu freuen.

Zwischen den Massen — Maschinengeräusche und ein fernes Heulen des Windes in den Bergen: die Massen stampfen, und wieder ertönen, hier, dort, fluchten sich durcheinander, greifen ineinander, ohne Worte, ohne Melodie.

„Tschumalow!“  
Ingenieur Kleist stand neben Glib, blaß, streng, mit grauem Haar, mit trockenen Augen, die tief in den Höhlen lagen.

„Tschumalow, nie in meinem Leben habe ich Ähnliches gefühlt. Man braucht sehr viel Kraft, um das zu ertragen.“  
Glib nahm ihn unter den Arm und wußte nicht, wer zitterte: er oder Ingenieur Kleist.

„German Germanowitsch, uns kann man nicht besiegen, schauen Sie... Das kann man nie vergessen... Wir werden Sie jetzt gleich als Helden der Arbeit feiern.“

Ingenieur Kleist drehte sich um und ging ans andere Ende der Terrasse. Die Menschenmasse mochte, kloß in welligen Strömen auseinander, drängte sich in dichten Haufen zusammen. Die Fahnen und Plakate flatterten und wackelten. Lautes Aufstöhnen erfüllte die Luft und Gestrüll, und die Bretter unter Glibs Füßen zitterten. Die Köpfe der Köpfe zerriß, da und dort, stellenweise graue Flecke bildend. In trunkener Freude hüpfen die Mägen und roten Kopfplücker. Ein Tanz unter Händeklatschen und ein gelben-

der Sprechgesang. Man sah, wie Gestein und Kiesel von den Felsen herunterrollten.

Auch Lofschak und Gromada sind oben auf dem Turm. Lofschak ist ganz wie aus Anthrazit: sein Buckel, sein Gesicht, sein schmutzig-fettes Käppi. Sein Gesicht ist ebenso düster, stumpf und zerrissen wie in der Fabrikleitung, nur seine blutunterlaufenen Augen werden immer größer. Und Gromada hat sich zusammengesauert, wie im Schüttelfrost, und seine Schultern zittern unter dem Rocke. Sein Gesicht ist gelb, fiebrig, die Backenknochen scharf. Seine Schultern und sein Rücken heben sich bis zu den Ohren, und er zittert und krümmt sich vom heftigen Husten. Teufelsgromada! Welche Kraft hält ihn, wo sogar er, Glib, wie ein Stäubchen diesen Lawinen gegenüber ist. Und nicht einmal Lofschak holt der Teufel: nur die Arbeit wird ihm durch seinen Buckel auf Rücken und Brust schwer.

„Run, Brüder? ... Wie wir lärmen und dröhnen, Kinder! ...“  
Lofschak glöhte Glib mit seinen Stieraugen an und zog sein Käppi auf die Augen.

„Haben's erreicht... was! ... haben alles auf eine Karte gesetzt und mit unseren harmtätigen Bäuchen alles durchgesehen... Das muß gesagt werden... Ihr Dummköpfe!“

Und Gromada fuchtelte mit den Armen, und all seine Knochen zitterten.

„Ja, so ist es, Genossen... Hier hat man nicht zu diskutieren... Wir haben etwas Herrliches erreicht, und ich kann es kaum fassen, wie diese Arbeitermassen ihr proletarisches Bewußtsein beweisen und so und weiter. Genosse Tschumalow... Wenn... ah, Genossen... hier ist alles und überall... und so und weiter...“

Glib konnte nicht mehr ruhig stehen; er hatte Lust, vom Turm hinunterzuspringen in dieses Meer von Köpfen, zu brüllen, laut, aus vollem Halse, ohne Worte, bis zur Bewußtlosigkeit... Alles ist gleichgültig... Kann man denn das alles aushalten?... Da ist es, womit und wodurch er all diese Monate gelebt hatte... hier sind sie, hier ist alles in einer Kraft vereint.

Er trat zu Badjin und Schidki, sein Gesicht zitterte vor Begeisterung.

Badjin sah ihn mit kalten Augen an. Eine schwarze Welle ging wie ein Schatten durch seine Augen und glitt wie ein Schleier vorbei.

„Wir müssen anfangen, Genosse Tschumalow. Ich werde jetzt eine Viertelstunde reden und dann sag du etwas, das sie ans Herz packt. Und dann gib sofort ein Zeichen. Die Begrüßungen — nach den Sirenen- und Pfeifensignalen.“

Schidki packte Glib an der Schulter und schüttelte ihn in trunkener Freude.

„Ah, Tschumalow... Bist ein dummer Kerl! ... Es fällt mir schwer, mich von dir zu trennen...“

Badjin wandte sich kalt und verschlossen ab und trat zur Barriere. Und Glib fühlte wieder in Badjins ehernem Gange und dem metallischen Glanze seiner Haut eine grausame Entfremdung und in dem gläsernen Glanze seiner Augen ein mattes Flimmern eines Hasses. Und wieder ergriffte sein Herz von einem dampfen Stoß.

Er trat einige Schritte nach rückwärts. Unten auf der Landstraße gingen noch immer dicke Kolonnen mit Fahnen, und zwischen ihnen dröhnte Musik, Gestampf und Gesang, die Luft erschütternd.

... Das ist ein Mensch, mit dem er nicht auf derselben Erde stehen kann. Badjin steht allein, fühlt sich mit den Händen auf die Barriere, und seine Schultern heben sich hoch — bis zum Nacken. Er steht auf die Massen hinunter, auf den Berg, der zu leben scheint von all den Massen, und in den elastischen Bewegungen seiner Muskeln, die von Kraft und Gesundheit durchdrückt sind, in der wachsamten Haltung seines Kopfes, in der Nachlässigkeit seines Sich-Absonderns — ist ein Bewußtsein seiner Kraft, — seiner Bedeutung — ist der Stolz des Führers.

„Karrrierist!“  
Glib preßte die Zähne bis zum Krachen der Kiefer fest aufeinander.

... Noch jetzt zitterte alles in ihm von dem, was er im Sowjet Hause erlebt hatte.

Nicht lange nachdem Dasha weggegangen war, ist er im Vorbeigehen zu ihr gegangen, um zu sehen, wie sie und Polja beieinander. Im Gang war eine singende Leere und ein schlaftrübes Halbdunkel (auf der Treppe über der Tür schlug die Uhr elf Uhr nachts). Halblaut und gemächlich tönten die Stimmen in den Zimmern. Irgendwo in der Ferne kitzelte Teegeschirr und langen Spiritusmaschinen. Am Ende des Ganges brannte trübe ein Quadrat auf der Wand, das war die Tür von Tschibis Zimmer, die breit offen stand.

(Fortsetzung folgt.)



# Aus der Partei.

## Kultur und Arbeiterbewegung.

Trotz des großen Interesses, das neuerdings den Kulturfragen entgegengebracht wird, gibt es keine klare Definition der Kulturarbeit und der mit ihnen zusammenhängenden Fragen der Kulturarbeit. Einen dankenswerten Versuch zur Klärung dieser Fragen unternimmt Prof. Alfred Kleinberg in seinem Artikel „Kultur und Arbeiterbewegung“ in dem soeben erschienenen Januarheft der „Arbeiterbildung“ (der ständigen Beilage der „Büchermärkte“). Ausgehend von einer konzentrierten geschichtlichen Betrachtung, formuliert er den Begriff der Kultur unter soziologischen Gesichtspunkten und stellt die Aufgaben fest, die die Arbeiterklasse in

der gegenwärtigen Geschichtsperiode zu vollbringen hat, um auf dem Boden der bestehenden Kultur eine neue höhere Kultur zu entwickeln.

Im selben Heft der „Arbeiterbildung“ umreißt Karl Kautsky in einem längeren Aufsatz die Grundgedanken seines neuen Fundamentaltwerkes „Die materialistische Geschichtsauffassung“. Unter selbstverständlichem Verzicht auf jede Wertung seines Wertes gibt er eine fesselnde Einführung in die Weltanschauung dieser Schrift, die beruht auf der sozialistischen Weltanschauung eine einheitliche, in sich geschlossene Grundlage zu liefern.

Alle in den Gemeinden tätigen Genossen, aber darüber hinaus auch allen aktiven Politikern wird eine umfangreiche Redeposition willkommen sein, die Artur Saterius unter dem Titel „Die Gemeinde als Zelle des Sozialismus“ in der „Arbeiterbil-

dung“ veröffentlicht. Unter Mitwirkung von die fünfsten politischen Vorgänge werden hier die Grundzüge sozialistischer Gemeindepolitik klar herausgearbeitet.

In der „Büchermärkte“ selbst fesselt vor allem eine Abhandlung von Benedikt Lautsky über „Wirtschaftspolitik“, die eine Einführung in das Studium der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen darstellt. Zahlreiche Besprechungen aus dem Gebiete der Arbeiterbewegung, der erzählenden Literatur, der Kulturgeschichte, Naturkunde, sozialen Hygiene, Soziologie und Volkswirtschaft ergänzen den Inhalt des Heftes.

Die „Büchermärkte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post, die „Vorwärts“-Expeditionen oder die Buchhandlung A. S. W. Dieb, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummer 75 Pf.

★ OVERSTOLZ ★ RAVENKLAU ★

# Haus Neuerburg

VOLLENDET 1928 DAS 20. JAHR  
 H SEINES BESTEHENS N

Als Ergebnis dieser 20 jährigen Arbeit kann HAUS NEUERBURG der Öffentlichkeit nichts anderes vorlegen, als VIER Zigaretten-Sorten. Das scheint wenig, aber es ist viel, wenn man den Anteil dieser VIER Zigaretten am deutschen Gesamt-Verbrauch kennen lernt. Nach den letzten AMTLICHEN Feststellungen entfallen auf:

**OVERSTOLZ**  **23,3 %** ALLER 5 PFG. ZIGARETTEN

damit ist OVERSTOLZ die meistgerauchte deutsche 5-Pfennig-Zigarette

**RAVENKLAU**  **25,7 %** ALLER 6 PFG. ZIGARETTEN

damit ist RAVENKLAU die meistgerauchte deutsche 6-Pfennig-Zigarette

**LÖWENBRÜCK**  **40,4 %** ALLER 8 PFG. ZIGARETTEN

damit ist LÖWENBRÜCK die meistgerauchte deutsche 8-Pfennig-Zigarette

**GÜLDENRING**  **14,1 %** ALLER 10 PFG. ZIGARETTEN

Im freien Wettbewerb mit Hunderten von anderen Fabriken hat sich dieser große Anteil am deutschen Gesamt-Verbrauch auf die VIER Marken einer einzigen Firma vereinigt. Solch freiwillige Anerkennung des Verbrauchers ist dem Fabrikanten der schönste Lohn für sein Bemühen um eine gute Ware.

**HAUS NEUERBURG** 

LÖWENBRÜCK ★ GÜLDENRING

ZIGARETTENFABRIK HAUS NEUERBURG

ZIGARETTENFABRIK HAUS NEUERBURG

**Parteinachrichten für Groß-Berlin**  
 Sitz am des Bezirksvorstandes  
 Berlin S W 61, Lindenstraße 1. Hof, 3 Trap. rechts, zu richten.

**Bezirksvorstand.**

Heute abend, 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstraße 1.

2. Kreis Kitzingen. Sitzung! Alle Parteigenossen, welche Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind, müssen unbedingt am Sonntag, 21. Januar, von 9-12 Uhr zur Wahl gehen. Für uns gilt das Bilde „Genossenschaftsaufbau“.
7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Gesellschaft heute, Sonntag, 21. Januar, von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim Kitzinger. 4. Die Genossen aller Abteilungen werden dringend ersucht, die Konsumgenossenschaft zu verlassen, am Sonntag, 21. Januar, zur Kreisversammlung.
13. Kreis Kitzingen. Sitzung, Sonntag! Die für heute Sonnabend geplante Versammlung kann umstandslos nicht stattfinden. Bessere Mitteilung erfolgt.

**Heute, Sonnabend, 21. Januar:**

117. Wk. Reinickendorf-West. 10 Uhr im Volkshaus Schornbergstr. 114. Kocherfest. Alle Genossen sind mit Familienangehörigen nebst Fremden und Bekannten herzlich eingeladen.

**Morgen, Sonntag, 22. Januar:**

3. Wk. 9 1/2 Uhr bei Madia, Lindenstr. 29, versammeln sich sämtliche Genossen und Genossinnen zur Wahlarbeit für die Konsumgenossenschaft. Relais darf fehlen.
25. Wk. Von 9 bis 12 Uhr Konsumwahlen. Die Wahlzettel sind in den Konsumverkaufsstellen bekanntzugeben. Die Genossen finden sich zusätzlich in den bestimmten Wahllokalen zur Wahlhilfe ein.
26. Wk. Die Genossen helfen sich zur Wahlhilfe für die Konsumgenossenschaft um 11 Uhr zur Verfügung. — 182. Verkaufsstelle: Lokal Madia, Lindenstraße 29, 184. Verkaufsstelle: Lokal Madia, Prenzlauer Allee 202.
27. Wk. 1., 2., 3. Bezirk: Alle Genossen treffen sich zur Wahlhilfe 9 1/2 Uhr bei Reple, Oberstr. 7. — 4., 5., 6. Bezirk: 11 Uhr bei Madia, Matternstraße 14.

42. Wk. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich tags an den Konsumwahlen zu beteiligen. Wahlzeit von 9 bis 12 Uhr bei Madia, Lindenstraße 29.
50. Wk. Charlottenburg. Das Wahllokal für die 116. Abgeordnete der Konsumgenossenschaft befindet sich im Deutschen Reichshaus, Fockeplatz Ecke 81. Wahlzeit 9 bis 12 Uhr. Wahlhilfe werden um 11 Uhr dort erwartet.
64. Wk. Kitzingen. Die Mitglieder des Konsums wählen von 9 bis 12 Uhr bei Reymann, Kaiser-Wilhelm-Str. 20-21, die für die „Genossenschaftsaufbau“-Wahlarbeit legitimiert.
65. Wk. Kitzingen. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zu den Wahlen der Konsumgenossenschaft in den Lokal von Fingel, Fockepl. 50, Fingel, Kaiser-Wilhelm-Str. 20-21, und Ullmann, Fockepl. 18, einzufinden. Junggenossinnen und Arbeiterjugend werden hiermit besonders darauf aufmerksam gemacht.
102. Wk. Baumgartenweg. Sämtliche Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der Wahlarbeit zu den Konsumwahlen. Treffpunkt 9 1/2 Uhr im Lokal des Konsumverkaufsstelle.
119. Wk. Lichterfelde. Alle Genossinnen und Genossen werden sich 10 Uhr bei Reple (früher Madia), Mühlenstr. 64, Kitzingenstr. 50, Wahlhilfe für die Konsumwahl. Herzliche Einladung wird erwartet.
124. Wk. Wahlarbeit. Konsumwahlen von 9 bis 12 Uhr in folgenden Lokalen: Reckleben, Simeons Str. 49, und Fink 50, Fockepl. 22. Jeder Genosse wählt die für die „Genossenschaftsaufbau“-Genossinnen und Genossen, die Wahlhilfe leisten werden, werden sich in obigen Lokalen. Die Abteilungsleitung.

**Frauenveranstaltungen:**

4. Kreis Prenzlauer Berg, heute, Sonnabend, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, in der Aula des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums, Simeons Str. 49. Film- und Vortragsabend: 1. „Der Streik des Weibes“ 2. Vortrag der Genossin Rosa Fink-Schindl, W. h. W. Karten zu 20 Pf. Das Bild sind noch an der Abendkasse zu haben. Die Abteilungsleiterinnen der Abteilungen 27, 30 und 31 treffen sich zusätzlich um 18 1/2 Uhr in der Schule.

**Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt:**

3. Kreis Wedding. Sonntag, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Volkshauses Schönleberstr. 1, Beginn des Schulungscurses mit einem Vortrag der Leiterin des städtischen Vorkurses, Frau Siegmund-Schulze, über die Aufgaben des Vorkurses. Alle interessierten Genossinnen und

Genossen sind eingeladen. Alle Damen (innen) der Arbeiterwohlfahrt werden gebeten, zu erscheinen.  
 8. Kreis Wilmersdorf. Sonntag, 21. Januar, 19 1/2 Uhr, Beginn des Schulungscurses bei Frau, Kaiser-Wilhelm-Str. 60. Thema des ersten Abends: Die rechtlichen Grundlagen des Rückgewährs. Referentin Genossin Emma Koberhagen. Alle interessierten Genossinnen und Genossen aus dem Kreis sind herzlich willkommen.

**Junggenossinnen:**

Gruppe Reinickendorf: Sonntag, 21. Januar, 7 Uhr, Treffpunkt zur Arbeit im Ringstr. 100/101.

**Vorträge, Vereine und Versammlungen.**

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“**  
 Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Scheiblerstr. 27/28, Hof 3 W.  
 Kreuzberg: Sonnabend, 21. Januar, 10 Uhr, Sitzung der Funktionäre mit erweitertem Beirat (in aller Besetzung) bei Reple, Fockepl. 18. — Kitzingen (Ordnung): Sonntag, 22. Januar, 1. Sprengung zum Sportplatz Kitzingen, Treffpunkt 18 1/2 Uhr Hauptplatz, Oberlichtstraße (Kitt). Nicht mit angetreten Sportplatz. — Prenzlauer Berg: Sonntag, 22. Januar, Treffpunkt 18 1/2 Uhr Versammlung in der Turnhalle Grotteburger Str. 14. Der Vorsitz führt Erichsen. — Kreuzberg: Sonntag, 22. Januar, Treffpunkt 18 1/2 Uhr Versammlung in der Turnhalle Grotteburger Str. 14. Der Vorsitz führt Erichsen. — Kreuzberg: Sonntag, 22. Januar, Treffpunkt 18 1/2 Uhr Versammlung in der Turnhalle Grotteburger Str. 14. Der Vorsitz führt Erichsen.

**Reichsbund sozialer Frontkämpfer, Bezirk Ost, Wittmoor, 21. Januar, 10 Uhr, Konföderation, Kreuzberg, 64, Vortragsabend mit Damen und Herrn. Kommande Fr. Scherig, Generallektor des vorkursus Landesverbandes sozialer Frontkämpfer (früher Gilden-Fortum). Thema: Die Jugendfrage im Lichte der modernen politischen Propaganda.**

**Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.).** Reichsweit bei Temperaturen um Null, leichte südliche Winde, keine wesentlichen Niederschläge. — Für Deutschland: Am Stellen Erwärmung mit Niederschlägen, im Osten Nachfassen der Schneedecke, sonst keine wesentliche Veränderung.

# KONSUM

GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E. G. M. B. H.

## Sonderverkauf von GEG-Teigwaren

In der Zeit vom 23. bis 31. Januar 1928

Die Warenabgabe in der Konsum-Genossenschaft erfolgt zum Nettogewicht

Die Warenabgabe in der Konsum-Genossenschaft erfolgt zum Nettogewicht

Bandnudeln, Grießware, . . . Pfd. **44 Pf.**  
 Fassonnudeln, . . . Pfd. **44 Pf.**  
 Fadennudeln, . . . Pfd. **50 Pf.**

Schleifchen, Hütchen und Körbchen, Eierware . . . Pfd. **68 Pf.**  
 Suppeneinlagen - . . . Pfd. **38 Pf.**  
 Makkaroni, lose . . . Pfd. **36 Pf.**  
 Makkaroni, lose . . . Pfd. **54 Pf.**



Die Teigwaren der Großverkaufs-Gesellschaft deutscher Consumvereine (G E G) sind garantiert ungefärbt!

Die Abgabe der Waren erfolgt nur an Mitglieder.  
 Jedes Mitglied hat das Recht, in sämtlichen 250 Warenabgabestellen der Konsum-Genossenschaft seinen Bedarf zu decken.  
 Die Aufnahme-Gebühr beträgt 50 Pfennig.  
 Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen 250 Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft vollzogen.

# Kampf um die Liquidationschäden

## Finanzminister Dr. Köhler treibt „Wirtschaftspolitik“.

Die Ruhr-Millionen, die Hohenzollern-Millionen sind längst an die „notleidenden Opfer“ des Krieges und der Inflation geflossen: an die Mächtigen des Bergbaues, an die Träger der alten vielen deutschen Fürstentümer. Der Gedanke, daß die Lasten des Krieges vom ganzen Volke getragen werden sollen, daß also alle Entschädigungen nur einen sozialen Charakter haben können, hat sich nicht durchgesetzt. Besonders trotz kommt dies in der Haltung der bürgerlichen Parteien und ihrer Regierung zu dem sogenannten „Kriegschadenschlußgesetz“ zum Ausdruck.

### Nach dem Plan des Finanzministers Köhler,

der jetzt im Reichstagsausschuß beraten wird, zerfällt nun die gesamte von der Regierung als tragbar anerkannte Last von rund einer Milliarde Mark in zwei ungleiche Teile: rund 160 Millionen, also ein Sechstel, erhalten die Kleingeschädigten in Form von Bargeld, die restlichen fünf Sechstel aber werden den Großgeschädigten (angefangen von Verlusten von über 20 000 Mark) in Form einer Reichsschuld zuerkannt. Um diese Schuld zu tilgen und zu verzinsen, werden jährlich etwa 75 Millionen Mark aufzubringen sein, und zwar bis zum Jahre 1946.

Wie ist es möglich, daß man zur Befriedigung der 300 000 (?) Kleingeschädigten eine einmalige Zahlung braucht, die im ganzen nur doppelt so groß ist, wie die jährlichen Zahlungen, die man 18 Jahre lang den wenigen tausend Großgeschädigten zu zahlen bereit ist, und mit denen man die künftigen Regierungen belasten will? Die Erklärung ist einfach.

### Die ganze Masse der Kleingeschädigten.

230 000 Personen mit Schäden von weniger als je 2000 Mark, die leinerzeit den angemessenen Schaden tropfenweise in jähem sich entwertendem Papiergeld erhalten hat — insgesamt 106 Millionen Geldmark, im Durchschnitt also 450 Goldmark —, wird überhaupt als nicht mehr anspruchsberechtigt betrachtet. Die 70 000 sonstigen Kleingeschädigten — von 2000 bis 20 000 Mark Schäden — werden mit solchen Entschädigungssätzen bedacht, daß die gesamten von ihnen erhaltenen Beträge (einschließlich der in und nach der Inflation — als erhaltenen) etwa zwei Drittel des von ihnen erlittenen Schadens ausmachen werden (nämlich 304 Millionen bei einem Gesamtverlust von 478 Millionen Mark). Auf der anderen Seite baut man die Sähe

### für die Großgeschädigten

so auf, daß zwar durch eine Art Staffel bei steigenden Schäden die Entschädigungssätze sinken, daß aber gleichzeitig, angefangen von den Schäden von 200 000 Mark und darüber, in allen Fällen, in denen sogenannter „Wiederaufbau“ angemeldet wird, die Sähe durch erhebliche Zuschläge gesteigert werden. Die Staffelung der Sähe soll die „sozialen“ Absichten der Regierung zum Ausdruck bringen, diese gute Absicht wird aber durch die Wiederaufbauzuschläge wieder aufgehoben.

Die Regierung versucht nämlich, den Verzicht auf soziale Gestaltung des Kriegschadensgesetzes dadurch zu maskieren, daß sie angibt, durch besonders Unterstützung der „wiederaufbauenden“ Firmen und Persönlichkeiten eine volkswirtschaftliche Tat zu vollführen. Es heißt, daß man den deutschen Export und die deutsche Tätigkeit in den Kolonialländern, diese wichtigen Posten unserer Zahlungsbilanz, wiederherstellen kann, wenn man die Erbschaften, die volkswirtschaftlichen Verbindungen, die alten Firmennamen der Großgeschädigten nicht verloren gehen läßt, sondern sie durch geeignete Unterstützung wieder fruchtbar macht. Daran glaubt die Regierung. Und diesen Glauben will die Reichstags-

### 130 Millionen „Wiederaufbauzuschläge“ für die Großen

beziehen. Das bedeutet allein ein Siebenel des gesamten für das Kriegschadensgesetz vorgesehenen Kapitals und ferner, daß man an Wiederaufbauzuschlägen fast ebensoviel zu zahlen bereit ist, wie an Barabfindungen für Kleingeschädigte. Durch Verzicht auf die Wiederaufbauzuschläge könnte man also den für die Kleingeschädigten ausgesetzten Betrag fast verdoppeln.

Wir glauben, daß die Wiederaufbaumillionen der Regierung die 130 Millionen nicht wert sind, und daß die Steuerzahler eine so teure Illusion nicht als einen notwendigen Bestandteil des Reichshaushalts anerkennen werden.

Denn worum handelt es sich eigentlich? Der Wiederaufbauzuschlag kommt nur für 4400 Schadensfälle über 200 000 Mark oder insgesamt etwa 1 Proz. aller Geschädigten in Frage. Angenommen, daß alle Angehörigen dieser Gruppe den Wiederaufbau angemeldet haben, so ist es doch nur ein sehr geringer Prozentsatz der geschädigten Masse. Noch ärger erscheint das Mißverhältnis, wenn man die obersten Gruppen in Betracht zieht. Zum Beispiel haben 19 Personen bzw. Firmen Schadensfälle von je über 100 Millionen Mark angemeldet. Sie würden nach der Regierungsvorlage einen Anspruch auf einen dreiprozentigen Wiederaufbauzuschlag haben. Das würde für diese 19 Personen aber allein eine Wiederaufbauzuschlag von 81 Millionen Mark bedeuten!

### Der Unsinn der Wiederaufbauzuschläge.

Kam seit Kriegsausbruch bereits 14 Jahre vergangen. Die Persönlichkeiten, deren Erfahrungen nach Meinung der Regierung das zu betrachtende volkswirtschaftliche Minimum darstellen sollen, sind entweder gestorben, oder jedenfalls 14 Jahre älter geworden. Es ist kaum anzunehmen, daß in einer erheblichen Anzahl von Fällen hier noch genügend Initiatorkraft vorhanden sein wird, um das Geschäft unter erschwerten Bedingungen neu zu beginnen; denn es dürfte sich, wohl bemerkt, bei den Wiederaufbauzuschlägen selbstverständlich nur um solche Geschäfte handeln, die auch tatsächlich in ganz besonderem Maße von den speziellen Erfahrungen und Verbindungen der geschädigten Persönlichkeiten abhängen. Die Gesetzesvorlage will aber auch den Erben der verstorbenen Entschädigungsberechtigten das Recht auf den Wiederaufbauzuschlag gewähren. Aber die Hoffnungen auf die volkswirtschaftliche Produktivität eines alten Firmennamens scheinen uns zu unsicher, um die Verwendung von Reichsgeldern zu rechtfertigen. Man denke insbesondere, daß Firmennamen, die 14 Jahre lang nicht mehr im Weltverkehr gestanden haben, bei den veränderten Verhältnissen in der volkswirtschaftlichen und politischen Lage kaum noch erhebliche Vorteile vor etwa neu auftretenden jüngeren Firmennamen haben würden. In all den Fällen also, in denen der Geschädigte seine Bedeutung als Unternehmerpersönlichkeit verloren hat, kann ein volkswirtschaftlicher Nutzen der Wiederaufbauzuschläge nicht erwartet werden.

Die Tätigsten unter den Geschädigten haben seit Kriegsende nicht nur Zeit genug gehabt, um Wege zur Verwendung ihrer Unternehmerfähigkeiten zu finden; es steht ihnen auch seit Jahr und Tag im Interesse des Außenhandels die Hilfe des Reiches zur Verfügung, und zwar auf dem zweckmäßigen Wege der Sonderbehandlung. Eine solche Sonderbehandlung stellen zum Beispiel die Reichsbank für den Export der deutschen Exporteure sowie die vom Reich betriebene Exportkreditversicherung dar.

Das Reich hat dabei stets auch die Eigenschaft der Blücker als Liquidationsgeschädigte nicht unberücksichtigt gelassen, hat aber mit Recht in erster Linie die wirtschaftlichen Gesichtspunkte angewandt und je nach den Rentabilitätsmöglichkeiten des Exportgeschäftes von Fall zu Fall gehandelt.

Das Reichsentenschädigungsamt, die Behörde, der die Regelung der Entschädigungsansprüche übertragen ist, kann die Funktion derartiger volkswirtschaftlicher Prüfungen nicht übernehmen. Es kann lediglich soziale und juristische, nicht aber volkswirtschaftliche Entscheidungen treffen. Man wird daher gut tun, das soziale Problem der Entschädigung mit dem volkswirtschaftlichen Problem der Exportförderung nicht zu verquicken. Die Exportförderung kann nur von Fall zu Fall angewandt werden und hat sich keineswegs nach dem Reichtum der alten Firmen, sondern nur nach den wirtschaftlichen und persönlichen Möglichkeiten der gegenwärtigen Exporteure zu richten. Die soziale Entschädigung der Kriegsoffer hat sich aber nach dem einen Ziel zu richten: in den Grenzen der finanziellen Tragbarkeit allen Geschädigten ein gewisses Vermögensminimum zu gewähren, den Armen wie den Reichen.

### Verzichtet man auf die Wiederaufbauzuschläge.

so bedeutet das eine Verringerung der Entschädigung für die vier- einhalbtausend Großgeschädigten, aber eine Besserung für die 300 000 Kleingeschädigten. Treulich entsteht dadurch eine neue finanzpolitische Frage: denn die Kleingeschädigten müssen ja in bar abgefunden werden, während die Beträge der Großgeschädigten nur allmählich verzinst und getilgt werden sollen. Aber die Frage ist lösbar. Die beiden nächsten Finanzjahre bieten Möglichkeiten zu gewissen einmaligen Einnahmen, aus denen die Deckung dieser Barausgaben bestritten werden könnte. Gleichzeitig würde die Last für die künftigen Jahre verringert. Es sei nur auf die von der Regierung selbst vorgeschlagene Reform der Tabaksteuer hingewiesen, die einmalig sofort 60 Millionen und bei der Verkürzung der Stundungsrufen der Rohstoffsteuer weitere 40 Millionen einbringen würde. Ebenso ergeben sich neue Einnahmemöglichkeiten aus dem bis 1928 nur „außer Hebung“ gestellten Vermögenswachsteuer-

gesetz. Aber schon bei Beschränkung auf die Mehreinnahmen aus der Tabaksteuer ergibt sich bei gleichzeitiger Abschaffung der Wiederaufbauzuschläge die Möglichkeit, die Lage der Kleingeschädigten durch eine Steigerung der ihnen zukommenden Beträge um 100 Millionen zu verbessern. Es wäre zum Beispiel durchaus denkbar, daß man nicht nur den Kleingeschädigten, bis je 2000 M. Schaden, sondern auch den

### Geschädigten bis 10 000 M. eine hundertprozentige Entschädigung gewährt.

Der Kreis der Geschädigten, den der Gehirnwurf zieht, ist aber auch nicht vollständig. Gerade unter den Kleingeschädigten gibt es zahlreiche Familien, die ihre Ansprüche dadurch vermisst haben, daß sie die Anmeldefristen versäumt haben oder sonst den verschiedenen Formforderungen nicht nachkommen konnten, weil ihnen die nötige Rechtsberatung nicht zur Verfügung stand. Ferner darf man nicht vergessen, daß es Opfer der Kriegszustände gibt, die nicht unter die alten Gesetze über Liquidation und Gewaltschäden fallen, die daher von dem neuen Gesetz auch nicht berücksichtigt werden. Man denke nur an diejenigen, die 1925 aus Polen ausgewiesen wurden, sowie an zahlreiche andere Fälle. Es ist notwendig, daß man — bei gleichzeitiger Einschränkung der Ansprüche der Großgeschädigten — auch diese Gruppen bereits jetzt befriedigt, oder daß man wenigstens in diesem „Schlußgesetz“ deutlich ausspricht, daß es die Regelung der Ansprüche dieser Gruppen offenläßt.

Die Regierung versucht, das soziale Prinzip der Entschädigung zu verzerren und die Entschädigungen zu Subventionen auszubauen. Die Sozialdemokratie wird darüber wachen, daß das soziale Prinzip verwirklicht wird, und daß man nicht unter dem Deckmantel volkswirtschaftlicher Phrasen Privatvergünstigungen an „Firmen von Vertrauen“ verteilt.

## Ruhrkapital gegen Saarvolf.

### Das RWB. als Schrittmacher. — Wir fordern Klarstellung

Frühzeitig hat der „Vorwärts“ auf die gefährliche Lage des von Deutschland bis 1935 wirtschaftlich abgeschnittenen Saarvolkes hingewiesen, dessen Existenz gefährdet, dessen spätere politische Orientierung zweifelhaft ist, wenn die Verwertung der Saarkohle nicht für die Zukunft sichergestellt und die Abfuhrrichtung nach südb- und mitteldeutschen Gebieten nicht für die Zukunft erhalten bleibt. Preußen hat sich leider um die Frage lange nicht gekümmert, die Außenpolitik des Reiches noch weniger. Dafür aber hat das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk als Schrittmacher der Interessen des Ruhrkapitals seine nur an der Ruhr orientierten Unternehmungsinteressen immer weiter nach der Saar vorgeschoben.

Seit das Interesse der Öffentlichkeit durch die immer stärker wachsende Erbitterung im Saargebiet wachgerufen worden ist, schienen die Bestrebungen des kleinen Saarvolkes, das größtenteils proletarisch ist, auf Erhaltung seiner Lebensfähigkeit einen Erfolg zu versprechen. Seit anderthalb Jahren stießen Verhandlungen zwischen preußischen Stellen und dem RWB. mit dem Ziel, neben der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Saar auch den nationalpolitischen Zukunftsinteressen, die sich hier mit den wirtschaftlichen decken, gerecht zu werden.

Schon einmal wurde in den letzten Wochen die deutsche Öffentlichkeit alarmiert wegen des unsäuerlichen Vorgehens des RWB., das über getroffene Abmachungen hinaus die Angliederung der Beyer-Zentrale an sein Reich erreichte. Wir sprachen dabei die Hoffnung aus, daß das RWB. aus eigenem Antrieb auf seine Expansionspolitik in diesem gefährdeten und konfliktreichen Gebiete verzichten würde. Leider hat man in dieser Richtung von einer neuen Entscheidung des RWB. noch nichts gehört. Jetzt wird uns aus dem Saargebiet mitgeteilt, daß das RWB. entgegen bestimmten Bindungen auch noch den Kreis St. Wendel für seine Expansionsbestrebungen zu gewinnen sucht und daß einer seiner Generaldirektoren mit einem großen Stab und wahrhaftig auch großen Mitteln zu diesem Zweck dort tätig ist. Weiter soll auch versucht werden, in Berlin parlamentarische Kreise Preußens und des Reiches direkt oder indirekt für die Expansionsbestrebungen des RWB. mobil zu machen.

Ran ist von der Politik der Ruhrherren allerlei geredet. Aber wir sind doch überrascht, daß das RWB., das leider immer noch Schrittmacher der allerprivatsten Interessen des Schwerkapitals zu sein vermag, und das wirklich auch für die Be-

rücksichtigung nationalpolitischer Gesichtspunkte bei seinen aller-nationalistischen Beherrschern sorgen müßte, dennoch mit solcher Rücksichtslosigkeit vorzugehen mag. In der Tat liegen die Dinge an der Saar für das Schwerkapital der Ruhr einfach, wenn nach rein kapitalistischen Gesichtspunkten geurteilt wird: Die Saarkohle wird einst wieder Konkurrenz der Ruhr, sie könnte, wenn sie in die Hände Preußens kommt, die öffentlichen Wirtschaftsinteressen stärken, eine elektro- und gaswirtschaftlich selbständige Saar paßt dem RWB. nicht, die Ruhr könnte das Zukunftsgeschäft der Saarkohle schließlich selbst machen. So verhält sich leider immer stärker der Eindruck, daß das RWB. als Beauftragter des Ruhrkapitals mit aller Macht sich in den elektrowirtschaftlichen Versorgungsgebieten der Saar festsetzen will, um damit zugleich auch in den kommenden Jahren und Entscheidungen seine Hand auf der Zukunftsentwicklung der Saargruben zu legen.

Dieses Vorpustengeficht auf lange Sicht ist ein gefährliches Spiel. Wir weisen schon heute darauf hin, daß, wenn die Ruhr tatsächlich solche Absichten verfolgt, sie den letzten Rest ihres Prestiges verlieren wird. Wenn sie diese Absichten aber nicht hat, dann wird es allerhöchste Zeit, daß die privatwirtschaftlichen Leiter des RWB. das deutlich erklären.

Wie wir aus dem Saargebiet hören, soll es zwischen den Stadt- und Landkreisen für die Wahrung der elektrowirtschaftlichen Interessen des Saargebietes zu einer Verständigung gekommen sein. Die Saarländische Elektrizitätsgesellschaft soll unter Beteiligung der Landkreise umgebildet werden, so daß die einheitliche Stromversorgung des Saargebietes sichergestellt wird. Für das RWB. ergebe sich daraus eine neue Lage. Das RWB. solle Saarstrom in sein Reich ausnehmen und auf der anderen Seite auf eine Einschränkung auf die Stromverteilung im Saargebiet verzichten. — Wir verzeichnen diese Mitteilung, obwohl sie die Lage in keiner Weise klärt. Sollte es richtig sein, daß das RWB. wirklich auf seinen Einfluß in der saarländischen Stromverteilung verzichtet, so wäre das ein Fortschritt. Aber eine Befestigung dieser Stellung durch das RWB. liegt bisher noch nicht vor. Unsere grundsätzliche Kritik der bisherigen Politik des RWB. ist deshalb nicht überflüssig, im Gegenteil.

## Kommunale Gasfernversorgung.

### Südwestdeutsche Gas u. S. Mannheim und Frankfurt.

In der Mannheimer Stadtordnungsänderung wurde mitgeteilt, daß zwischen der Frankfurter Gasgesellschaft und der Stadt Mannheim ein Interessengemeinschaftsvertrag zur Gaslieferung gemeinsam auszuschließlicher Versorgungsgebiete in Westdeutschland abgeschlossen wird. Zur Ausschließung neuer Gebiete wird mit einem Kapital von vorläufig 50 000 Mark die von den beiden Städten voll beherrschte Südwestdeutsche Gas u. S. mit dem Sitz in Frankfurt gegründet. Die Werke der Frankfurter Gasgesellschaft und das Siedliche Gaswerk Mannheim werden durch eine Fernleitung zunächst ihre Produktionsstätten miteinander verbunden.

Diese Mannheimer Meldung ist nach unserer Kenntnis der Schlusssatz langer Verhandlungen, die ohne lautes Geräusch, aber mit uns größerer Sorgfalt zwischen den beiden Städten geführt worden sind. Das Ergebnis ist in hohem Maße erfreulich, da sich für die kommunale Ferngasversorgung selten eine günstigere Kombination denken läßt, als sie hier zwischen Frankfurt und Mannheim angestrebt wird. Mannheim hat schon seit längeren Jahren eine Fernleitung nach Norden vorgetrieben, so daß es sich im Grunde nur um den Ausbau der längst begonnenen Arbeit handelt.

## Ein Rat der Alten.

### Im Reichsverband der deutschen Industrie.

Herr Dr. Albert Bögl, der Leiter der Vereinigten Stahlwerke, hat in der letzten Präsidialsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einen Vorschlag gemacht, der sich recht vernünftig und zugleich harmlos anhört. Die Erfahrungen der nicht mehr aktiv in der Industrie tätigen Männer sollen dem Reichsverband erhalten werden. Es soll dazu ein Senat geschaffen werden oder, anders ausgedrückt, ein Rat der Alten. Gleichzeitig soll dem jüngeren Nachwuchs der industriellen Führerschaft in den leitenden Körperchaften des Verbandes dadurch Raum geschaffen werden.

Dieser Vorschlag Dr. Böglers ist an sich schon eine nicht unbedeutende Kritik der gegenwärtigen Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Aber er kann auch darüber hinaus einige Bedeutung haben, auf die aufmerksam zu machen uns schon heute zweckvoll erscheint. Ein derartiger Senat im Sinne eines Rates der Alten schafft natürlich hohe und einflussreiche Ehrenstellen. Es ist nicht ausgeschlossen, Herr Dr. Bögl hat ja auf diesem Gebiet einige Erfahrung, daß diese Stellen auch sonst verdienstvollen und einflussreichen Persönlichkeiten zur Verfügung gehalten werden, deren Einfluß im Reichsverband der Deutschen Industrie nutzbar gemacht werden könnte. Wir können es uns sehr wohl denken, daß man früheren Ministern, aktiven Parlamentariern und auch Mitgliedern der hohen Bürokratie solche äußerlich unperfekten und scheinbar nur dem Gesamtinteresse dienenden Ehrenstellen offen hält.

Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, auf solche Möglichkeiten zu achten. Denn sie würden ein neues Glied in der Kette jener Methoden sein, durch personelle Bindung die unterirdische Machtausübung des Hochkapitals in der demokratischen Republik zu privatkapitalistischen Sonderzwecken zu fördern.

## Der neue Kurs der Preußenkasse.

Amlich wird mitgeteilt: „Der engere Ausschuss und der Gesamtausschuß der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse waren am Freitag zu einer Sitzung geladen, deren Gegenstand die Besprechung des von dem preussischen Staatsministerium vorgenommenen Beschlusses bildete. Von genossenschaftlicher Seite wurde die Forderung erhoben, bei der zu erwartenden Umorganisation der Preußenkasse zur gleichberechtigten Mitarbeit herangezogen zu werden. Die preussische Staatsregierung und das Direktorat der Preußenkasse gaben dem Wunsche Ausdruck, alle schwebenden Fragen im Einvernehmen mit den berechtigten Vereinen des Genossenschaftswesens zu regeln. In Ergänzung der früheren Erklärung, nach der das preussische Staatsministerium gewillt ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse als leistungsfähiges Kreditinstitut des Genossenschaftswesens zu erhalten und auszubauen, teilte Direktor Klepper mit, daß das Staatsministerium sich grundsätzlich entschlossen habe, nötigenfalls eine Kapitalerhöhung durchzuführen.“





